



Wahlprüfsteine zur Frauen- und Gleichstellungspolitik in Baden-Württemberg – AWO-Frauen*Netzwerk-Württemberg

Mit gezielten Fragen an **Kandidatinnen** aller demokratischer Parteien in den vier Stuttgarter Wahlbezirken setzt sich das AWO-Frauen*Netzwerk- Württemberg dafür ein, den Frauenanteil im Landtag bei der Wahl am 08. März 2026 zu erhöhen und Frauen- und Gleichstellungspolitik stärker in den Fokus zu rücken.

Fragen und Antworten

Laura Streitbürger – SPD – Wahlbezirk III

AWO: Bereich Arbeit und Familie

Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie/Carearbeit ist besonders für Frauen eine große Herausforderung und ein großes Spannungsfeld. Von Seiten der Politik und Kommunen ist es daher unerlässlich die Rahmenbedingungen zu verbessern. Die notwendigen Anforderungen sind ja bekannt, trotzdem ist sind die Kitas und Schulen noch immer viel zu unzuverlässig, um einer geregelten Arbeit nachzugehen.

Frage:

Wie wollen Sie zukünftig die Verlässlichkeit der Kitas/Schulen verbessern, damit es für Frauen zuverlässig möglich ist ihre Berufstätigkeit mit der Carearbeit/Kindererziehung in der Familie gut miteinander zu verbinden?

Antwort:

Familien sind das Fundament unserer Gesellschaft und verdienen die bestmögliche Unterstützung. Wir setzen uns dafür ein, dass Bildung von Anfang an gebührenfrei ist. Dazu gehört auch ein Investitionsprogramm für mehr Kita-Plätze. Deshalb werden wir alle Kitas und Kindergärten gebührenfrei machen und den Ausbau von Ganztagschulen mit verbindlicher Betreuung bis in den Nachmittag flächendeckend vorantreiben. Der Rechtsanspruch auf Ganztagsförderung ab 2026 ist hier ein wichtiger Meilenstein.

Es darf aber nicht nur um einen quantitativen Ausbau gehen, auch die Qualität muss stimmen. Eltern können entspannt arbeiten gehen, wenn in den Bildungseinrichtungen die Bedürfnisse der Kinder im Mittelpunkt stehen. Es braucht Phasen für Rückzug und Konzentration ebenso wie Sport, Spiel und Zeit für Freunde. Ganztagsangebote müssen sich

daran messen lassen, dass sie ein Lebensraum sind, in dem Kinder Talente entdecken und den Sozialraum erobern dürfen.

Für die Modernisierung der Erziehungspartnerschaft zwischen Familien und Institutionen wünsche ich mir auch die Einbindung der Arbeitgeber, damit Eltern weder Teilzeit noch Minusstunden machen müssen, um am Leben ihrer Kinder auch anlassbezogen vor 16h teilzuhaben.

AWO: Politische Verantwortung auf Landesebene – Istanbulkonvention – Frauenhäuser – Bezahlbarer Wohnraum

1. Umsetzung der Istanbul-Konvention:

Die Istanbul-Konvention verpflichtet Bund und Länder zu umfassenden Maßnahmen zum Schutz von Frauen vor Gewalt.

Frage:

Welche konkrete politische Verantwortung sehen Sie für sich als Landtagsabgeordnete bei der Umsetzung der Istanbul-Konvention. Welche Maßnahmen wollen Sie im Landtag aktiv voranbringen oder unterstützen?

Antwort:

Ich bin froh, dass die Relevanz der Istanbul-Konvention auf den letzten Metern der Ampel Koalition im Bund noch erkannt wurde und das Frauengewalthilfegesetz beschlossen wurde. Gerade in Zeiten, in denen das moderne und selbstbestimmte Frauenbild insgesamt unter Druck steht, ist es zentral, mit gesetzlichen Leitplanken abzusichern, dass Gewalt an Frauen im häuslichen Umfeld weder Privatsache noch ein Kavaliersdelikt ist.

Ich baue auf eine starke SPD, denn wir verpflichten uns zur konsequenten Umsetzung der Istanbul-Konvention in Baden-Württemberg und benennen Femizide als das, was sie sind: Morde an Frauen, weil sie Frauen sind. Häusliche Gewalt darf kein Tabuthema bleiben.

Wir verbessern die strafrechtliche Verfolgung, setzen elektronische Fußfesseln konsequent ein und stellen sicher, dass Schutz- und Präventionsmaßnahmen flächendeckend verfügbar sind. Die Landeskoordinierung spezifischer Fachberatung bei sexualisierter Gewalt in Kindheit und Jugend (LKSF) stärken wir. Ebenso möchte ich mich für die Stärkung der sexuellen Bildung als Präventionsleistung einsetzen sowie für eine Ausweitung der Täterarbeit.

2. Landesweit gleiche Finanzierung von Frauenhäusern:

Frauenhäuser sind ein zentraler Bestandteil des Gewaltschutzes, ihre Finanzierung ist jedoch regional sehr unterschiedlich geregelt.

Frage:

Welche Verantwortung trägt das Land aus Ihrer Sicht für eine verlässliche, landesweit gleiche Finanzierung von Frauenhäusern? Wie wollen Sie sich hierfür parlamentarisch einsetzen?

Antwort:

Es ist aus der Zeit gefallen, dass der Schutz vor Gewalt vom Wohnort und der Finanzkraft der Kommune abhängt. Wir müssen die Kommunen da besser unterstützen.

Die hohen und vor allem steigenden Zahlen bei Gewalt an Frauen und Femiziden sind nicht hinnehmbar. Jede Frau hat einen Rechtsanspruch auf Schutz vor Gewalt. Wir passen das Gewalthilfegesetz für Baden-Württemberg an, um den Rechtsanspruch konsequent umzusetzen. Wir erhöhen die Zahl der Beratungsstellen, der Frauen- und Kinderschutzhäuser und der Gewaltschutzambulanzen in Baden-Württemberg. In jedem Landkreis soll es mindestens einen Frauenhausplatz pro 10.000 Einwohner:innen geben.

3. Bezahlbare Anschlussunterbringung nach dem Frauenhausaufenthalt – Bezahlbarer Wohnraum:

Viele von gewaltbetroffenen Frauen* und ihre Kinder finden nach dem Aufenthalt im Frauenhaus keinen bezahlbaren Wohnraum.

Frage:

Welche politischen Entscheidungen auf Landesebene halten Sie für notwendig, um eine verbindliche und bezahlbare, sichere Anschlussunterbringung nach der Erstaufnahme im Frauenhaus zu gewährleisten.

Antwort:

Insgesamt müssen wir mehr bauen, sowohl das Land selbst als auch die Kommunen, die dafür die Unterstützung des Landes brauchen. Eine Landeswohnbaugesellschaft kann dazu beitragen.

Frauen*häuser und auch Second-Stage-Projekte für Frauen* im Anschluss an ihren Aufenthalt in Frauen*häusern haben daher für die SPD einen hohen Stellenwert, der sich aus unserer Sicht auch in Fördermitteln und personellen Kapazitäten niederschlagen soll. Die Mittel aus dem Frauengewalthilfegesetz müssen hier vom Land klug ergänzt werden, damit sowohl Sanierung als auch Neubau möglich werden.

Ergänzend würde ich gern über steuerliche Anreize für private VermieterInnen nachdenken, um Wohnraum für vulnerable Gruppen bereitzustellen – in Kombination mit aufsuchender Nachsorge, damit Frauen sich nach der Krise auf die Stabilisierung konzentrieren können, anstatt Sorge um eine bezahlbare und sichere Bleibe zu haben.

Frage:

Welche politischen Instrumente werden Sie einsetzen zur Sicherung von bezahlbarem Wohnraum, insbesondere für Familien und Alleinerziehende mit geringeren Einkommen?

Antwort:

Die in einigen Regionen außer Kontrolle geratene Situation am Wohnungsmarkt stellt besonders diejenigen Menschen in Baden-Württemberg vor Herausforderungen, die ohnehin zu den vulnerabelsten Gruppen unserer Gesellschaft gehören. Dazu zählen neben anderen insbesondere Frauen* und Alleinerziehende. In diesem Zusammenhang wird jeder Euro, der der sozialen Wohnraumförderung zugutekommt, auch Frauen* zugutekommen.

Wir wollen die Landesmittel für die soziale Wohnraumförderung aufstocken und bei der Vergabe der Mittel eine Priorisierung in Richtung von mehr Gemeinwohl vornehmen. Das bedeutet: Baden-Württemberg wird bis 2029 voraussichtlich 2,6 Milliarden Euro an Wohnraumförderung aus dem Bund erhalten. Diese große Summe wollen wir mit mindestens demselben Betrag aus Landesmitteln widerspiegeln, anstatt wie bisher nur maximal 60 Cent für jeden Euro hinzuzugeben. Außerdem wollen wir die Wohnraumförderung mit der Gießkanne beenden und die Mittel zuerst zu den kommunalen, genossenschaftlichen und anderen gemeinwohlorientierten Trägern lenken, bevor wir private Projekte damit fördern.

AWO: Pflege stärken– Versorgung sichern

1.) In Baden- Württemberg werden über 2/3 der Pflegebedürftigen nach SGBXI im häuslichen Umfeld versorgt:

Frage:

Welche Maßnahmen würden Sie ergreifen, um die Pflege im häuslichen Umfeld zu stärken?

Antwort:

Wir sorgen dafür, dass jeder Mensch im Alter gute Pflege erhält. Deshalb führen wir ein sozialversicherungspflichtiges Gehalt für pflegende Angehörige ein. Die ambulante Pflege bauen wir weiter aus und unterstützen eine entsprechende Quartiersentwicklung. Ambulant betreute Wohngemeinschaften bringen wir weiter voran und fördern sie finanziell. Für präventive Hausbesuche bei älteren Menschen schaffen wir im ganzen Land das Angebot „Gemeindeschwesterplus“.

Wir müssen die Pflege stärker sozialraumorientiert denken und möglichst viele Akteure vor Ort beteiligen. Zusammen mit Anwohner*innen, Vereinen, Pflegefachkräften und zu Pflegenden, Trägern, Kassen und Kommunen etablieren wir eine gute Versorgung vor Ort. Solidarisch und unbürokratisch sollen Pflegekonferenzen verbindliche lokale und regionale Pflegeplanung gestalten können. Damit das gelingen kann, treiben wir auch den qualitativen und quantitativen Ausbau der Tages- und Kurzzeitpflege voran.

2.) Die meisten Pflegebedürftigen, die zuhause gepflegt werden, werden von ihren Angehörigen versorgt, die diese oft weit über ihre Kräfte gehende Arbeit verrichten:

Frage:

Wie können Angehörige in der häuslichen Pflege gestärkt und unterstützt werden?

Antwort:

Mit dem Gehalt für pflegende Angehörige schaffen wir Möglichkeiten der finanziellen Anerkennung, aber auch der Wertschätzung für pflegende Angehörige. Darüber hinaus wird die SPD mit dem Konzept der mobilen Gemeindeschwesterplus aufsuchende Pflege- und Sozialberatung an der Schnittstelle der kommunalen Beratung und Unterstützung von alten Menschen ermöglichen und so dafür sorgen, dass etwaige aufkommende Pflegebedarfe frühzeitig erkannt werden können. Des Weiteren werden wir die Plätze in der Tagespflege sowie in der Kurzzeit- und Verhinderungspflege ausbauen, die Familien dann entlasten, wenn sie die Pflege von Angehörigen nicht rund um die Uhr oder zeitweise nicht sicherstellen können.

Unsäglichen Teilzeit-Debatten und Arbeitszeit-Verlängerungswünschen schieben wir einen Riegel vor, damit Pflege und Beruf vereinbart werden können.

3.) Eine Frage aus der Bundespolitik – Im letzten Herbst hat die Bundespolitik laut über die Abschaffung vom Pflegegrad I diskutiert:

Frage:

Welche Haltung haben Sie dazu?

Antwort:

Die SPD ist gegen die Abschaffung des Pflegegrads I. Stattdessen muss das System effizienter werden. Eine Leistungskürzung, die zu großer Verunsicherung bei den Betroffenen führt, lehnen wir ab.

AWO: Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist eine zentrale Voraussetzung für echte Gleichstellung. Aus Sicht der Arbeiterwohlfahrt Württemberg stehen dabei die Werte soziale Gerechtigkeit, Solidarität, Gleichheit und Chancengleichheit im Mittelpunkt. Noch immer tragen Frauen den Großteil der unbezahlten Sorgearbeit und sind dadurch häufiger von Teilzeit, Einkommensnachteilen und Altersarmut betroffen. Eine verlässliche Infrastruktur, gute Arbeitsbedingungen und eine aktive Gleichstellungspolitik sind entscheidend, damit Frauen in Baden-Württemberg selbstbestimmt arbeiten, Familienverantwortung übernehmen und wirtschaftlich abgesichert leben können.

Frage:

Welche konkreten Maßnahmen planen Sie, um den Ausbau qualitativ hochwertiger und verlässlicher Ganztagsbetreuung (Kita und Schule) in Baden-Württemberg sicherzustellen?

Antwort:

Die dafür notwendigen Fachkräfte halten und gewinnen wir in erster Linie durch Respekt, Wertschätzung und gute Arbeitsbedingungen. Und Weiterentwicklungs- und Aufstiegsperspektiven. Indem wir 50 Millionen Euro in die Hand nehmen, um den Direkteinstieg in die Kita-Arbeit sowie die praxisintegrierte Ausbildung zu stärken, setzen wir zusätzliche Anreize. Das Land muss sich insgesamt stärker an der Finanzierung beteiligen, denn Bildung ist eine originäre Aufgabe des Landes. Dazu gehören nicht nur pädagogische Fachkräfte, sondern auch alle anderen in multiprofessionellen Teams sowie Verwaltungs- und Hauswirtschaftskräfte.

Frage:

Wie wollen Sie die Arbeitsbedingungen und die Bezahlung in Berufen in Bildung, Erziehung und Pflege verbessern, um Fachkräfte zu gewinnen, zu halten und gleichzeitig die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu stärken?

Antwort:

Kitas:

Wir wollen den Ansatz der Praxis-Integrierten-Ausbildung (PIA) stärken, die seinerzeit durch die grün-rote Landesregierung geschaffen wurde. Diese PIA-Ausbildung, die wegen der Vergütungspflicht für Lernende viel attraktiver ist, wollen wir ausbauen. Ausbildungsphasen sollen künftig auch im Ganzttag möglich sein, um Weiterentwicklung und Durchlässigkeit im System zu schaffen.

Eine Erzieher Ausbildung, für die Lernende selbst Geld aufbringen müssen, ist nicht mehr zeitgemäß.

Die SPD stärkt die Ausbildung und die Arbeitsbedingungen von Fachkräften in der frühkindlichen Bildung und sorgt so für Qualität und Verlässlichkeit. Für wichtige Investitionen in die Ausbildung nehmen wir 50 Mio. Euro in die Hand. Wir werden den Direkteinstieg Kita sowie die praxisintegrierte Ausbildung stärken. Darüber hinaus schafft die SPD mit einem Rückkehr- und Aufstockungsbonus Anreize, wieder in den Beruf zurückzukehren bzw. bei Teilzeitbeschäftigung Arbeitszeiten aufzustocken. Dazu gehört auch die Sicherstellung der Gewährung der Leitungszeit für die Kita-Leitungen. Attraktive Aufstiegsmöglichkeiten z.B. bei einer Fortbildung zur Sprachförderkraft sorgen für bessere Bedingungen. Außerdem werden wir gezielt ausländische Fachkräfte anwerben, um den Fachkräfteengpass abzumildern. Die Einführung der sozialindexbasierten Ressourcensteuerung in Kitas führt dazu, dass zusätzliche personelle Ressourcen gezielt dort eingesetzt werden, wo besonders großer Bedarf besteht.

Bildung:

Durch bessere Arbeitsbedingungen und Entlastungen für Lehrkräfte möchten wir den Beruf der Lehrkraft attraktiver gestalten. Auch für alle ausgebildeten Grund-, Haupt- und Werkrealschullehrkräfte möchten wir die Besoldung auf A13/E13 anheben. Wir stehen weiter für praxisnahe Teilzeitregelungen. Wir werden Lehrkräfte von Sonderaufgaben entlasten und durch multiprofessionelle Teams unterstützen. Die Krankheitsvertretungsreserve bauen wir aus. Wir befürworten zudem die Einführung eines Lebensarbeitszeitkontos und werden uns für ein flexibleres Vorgriffsstundenmodell sowie die Erweiterung des Modells der Altersermäßigung einsetzen. Zudem werden wir Unterstützungsmaßnahmen und Vorsorgeangebote für (angehende) Lehrkräfte ausbauen.

In der beruflichen Orientierung in den Gymnasien muss die berufliche der akademischen Ausbildung gleichgestellt werden. Wir machen uns für die Teilzeitausbildung stark. Sie steht für eine moderne Arbeitswelt und muss bekannter werden. Wir starten deshalb eine landesweite Informationskampagne und fördern das Netzwerk Teilzeitausbildung Baden-Württemberg dauerhaft. Wo sonst in Teilzeitausbildung zu wenig verdient würde, stockt das Land auf.

Pflege:

In den vergangenen Jahren wurden große Fortschritte bei der Bezahlung von Pflegekräften erreicht. Das lag u.a. daran, dass sich Beschäftigte organisiert haben und erfolgreiche Tarifikämpfe geführt haben und die SPD zugleich im Bund die Tarifbindungspflicht eingeführt hat. Digitalisierung muss so eingesetzt werden, dass sie die Arbeitsbedingungen weiter verbessert und den Pflegenden mehr Zeit für die Arbeit mit den Menschen ermöglicht.

Frage:

Welche Initiativen beabsichtigen Sie, um eine gerechtere Verteilung von Sorge- und Pflegearbeit zwischen Frauen und Männern zu fördern, etwa durch arbeitsmarkt-, familien- oder gleichstellungspolitische Instrumente?

Antwort:

Wir werden die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern. Als Land wollen wir mit gutem Beispiel vorangehen und in unseren eigenen Institutionen familienfreundliche Arbeitszeitmodelle ermöglichen. Das gilt auch für unsere Beamt*innen - bei einer 41-h-Woche ist das Problem natürlich noch brisanter als wenn man 35 oder 39 Stunden arbeitet. Schon aus diesem Grund müssen wir davon weg kommen.

Ich persönlich würde noch einen Schritt weiter gehen wollen – Eltern mit Kindern bis 12 Jahren sollten die Möglichkeit bekommen, beide nur 32h zu arbeiten – bei vollen Bezügen und ohne Abschlägen bei der Rente. Vorbilder sind hier die skandinavischen Länder. Darüber hinaus wünsche ich mir eine gesetzliche Verankerung der Familienförderung. Die grün-schwarze Landesregierung hat sich nur zu einer Strategie aufrufen können – eine gesetzliche Verankerung würde hier ein Steuerungsinstrument bedeuten, bei dem auch Geld bei den Menschen ankommt – z.B. durch den Ausbau wohnortnaher und niederschwelliger Familienbildung.

Denn ohne eine Veränderung in den Köpfen und einem gesellschaftlichen Umdenken hin zu wirklicher Gleichstellung im Alltag, wird es immer nur bei Lippenbekenntnissen bleiben.

Besonderes Augenmerk legen wir als SPD auf die Unterstützung von Alleinerziehenden durch zusätzliche Betreuungsplätze, Beratungsangebote und gezielte Förderprogramme. Flexible Arbeitszeitmodelle und moderne Führungs- und Organisationsstrukturen sind zu ermöglichen, um Agilität und Effizienz zu steigern. Ziel müssen klare, diskriminierungsfreie Kriterien, bessere Aufstiegsmöglichkeiten, die Beseitigung struktureller Benachteiligungen – insbesondere für Frauen – und eine Entgeltordnung sein, die Fachkräfte gewinnt statt

verliert. Gute Modelle werden demokratisch - also unter Beteiligung der betrieblichen Mitbestimmungsgremien - erarbeitet.

Um Gleichberechtigung und Gleichstellung weiter voranzubringen, verbessern wir die Bedingungen von Frauen auf dem Arbeitsmarkt. In keinem Bundesland sind die Verdienstunterschiede zwischen Männern und Frauen so groß wie in Baden-Württemberg. Deshalb werden wir einen Aktionsplan zur Beseitigung des Gender Pay Gap entwickeln. Dazu ergreifen wir Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, zur Lohntransparenz sowie zu diskriminierungsfreien Karrierewegen. Besonderes Ziel ist es, die Arbeitsmarktintegration migrantischer Frauen zu erleichtern. Deshalb sollen auch die Kontaktstellen Frau und Beruf weiterhin unterstützt werden.

Außerdem werden wir eine Novelle der Gleichstellungsstrategie Landes erarbeiten, in der konkrete Maßnahmen und Instrumente hinterlegt werden. Die Umsetzung der Gleichstellungsstrategie werden wir mit finanziellen und personellen Ressourcen ausstatten.

Frage:

Welche Vorbildrolle soll das Land Baden-Württemberg als öffentlicher Arbeitgeber einnehmen, um flexible Arbeitszeiten, familienfreundliche Arbeitsmodelle und bessere Unterstützungsangebote für Frauen mit Sorgeverantwortung umzusetzen?

Antwort:

Hilfreich wäre in einem ersten Schritt, sämtliche bisherige gute Dienstvereinbarungen der Ministerien und anderer Landesbehörden für flexible Arbeitszeiten, Arbeitsorte und Sabbaticals so transparent zu machen, dass andere Unternehmen sich daran orientieren können.

Sich mit Labels wie Familienfreundlichkeit zu schmücken, ist das eine, praxistaugliche, zügige und passgenaue Lösungen für Eltern in der jeweiligen Belegschaft zu ermöglichen, noch etwas ganz anderes.

Hier würde ich zu einem partizipativen Prozess ermutigen wollen, um bedarfsorientierte Lösungskataloge mit der jeweiligen Belegschaft zu entwickeln – der Landesfamilienrat hat hier Expertise in der Begleitung.

Wer will, dass die besten Köpfe für ihn arbeiten, ohne dabei in einen Wettstreit über die höchste Bezahlung mit der freien Wirtschaft einzutreten, muss sich anders qualifizieren: durch transparente, klare und verbindliche Regelungen und einen partnerschaftlichen Dialog mit den demokratisch gewählten Personalrät*innen der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften.

Neben einer Verkürzung der Wochenarbeitszeit für Beamt*innen sind auch gute Langzeitarbeitszeit-Konten eine gute Möglichkeit - da hat grün-schwarz ihre Versprechungen aus dem Koalitionsvertrag nicht umgesetzt. Offenbar war ihnen das Thema doch nicht so wichtig. Das verstehe ich wirklich nicht.